



Foto: Tom Ordelmann

Wohnen

Editorial

Liebe Leser*innen,

wir alle müssen irgendwo wohnen und dabei sich gegenseitig ausschließende Punkte möglichst gut unter einen Hut bekommen: niedrige Miete, Nähe zu Uni/Betrieb/Schule, angesagtes Viertel, viel Platz etc. Weil das aber für immer mehr Menschen schlicht unmöglich wird, formieren sich gerade in den größeren Städten seit Jahren Mieter*innen-Proteste. Mit der großen Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ kam noch mal richtig Bewegung in die Sache. Um diese Kampagne, die Mechanismen der Verdrängung von Mieter*innen, das Recht auf Stadt und um Wege, wie man sich dem Mietzwang solidarisch entziehen kann, soll es in dieser Ausgabe gehen. Und natürlich noch um viel mehr. Und zum ersten Mal dabei: ein Kreuzworträtsel für die ganze Szene.

Wir wünschen euch wie immer viel Spaß beim Lesen und (jetzt auch) Rätseln und freuen uns auf euer Feedback, eure Anmerkungen und auf eure Artikel für die nächste Ausgabe,

eure Redaktion

Hausbesetzer in Berlin Kreuzberg 1981

02

Wohnst du noch oder lebst du schon? Eine Einführung in das Recht auf Stadt

Eva Gertz

04

„Wir fordern die Vergesellschaftung von Wohnraum“

Interview mit Deutsche Wohnen und Co. Enteignen

05

Innenraumverdichtung

Tilman Büttner

06

Wohnraumfrage als soziale Frage

Justin Mantoan

08

Vegane Supermärkte denen, die drin wohnen

Kira-Marie Brennemann

09

Beet vs. Beton – Wem gehört die Stadt

Erik Rose und Tomas Kilousek

10

Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral

Christoph Hövel

12

„Aber zweimal im Leben wollen wir die Arbeit nicht“

Interview mit einem Hausprojekt in Erfurt

13

Die Gewalt hat System

Micki Borchers

14

Rezension: Orwell „Mein Katalonien“

Jan Schneider

15

Rezension: Die Deislars

Steffen Göths

16

Rätsel



Wohnst du noch oder lebst du schon?

Eine Einführung in das Recht auf Stadt

Dass Leben und Wohnen miteinander zusammenhängen, weiß Ikea schon lange. Der Trend in Stadtentwicklung und Wohnungspolitik geht jedoch in eine andere Richtung. Mieten steigen, Wohnraum wird knapper, es wird in Luxuswohnungen und Prestigeobjekte investiert, aber nicht in Sozialwohnungen, Grünflächen müssen Einkaufszentren weichen.

Wer bisher dort wohnte und lebte, scheint in der neoliberalen Stadt aus dem Fokus geraten zu sein. Wenn unternehmerische Profitmaximierung zum Ideal wird, sich Städte selbst zu Unternehmen wandeln und Privatisierung als Lösung für alle Probleme genutzt wird, stehen Ausgrenzung und Verdrängung auf der Tagesordnung.

Dies bleibt jedoch nicht ohne Reaktion. Protestbewegungen weltweit fordern das „Recht auf Stadt“ und stellen damit viele Fragen: Wem gehört die Stadt? Wer darf darüber bestimmen? Wer kann sie nutzen und auf welche Art und Weise? Wer verdient mit ihr Geld? Ausgehend von der Praxis fordern sie Mitbestimmung und wehren sich gegen ihren Ausschluss. Dabei entwickeln sie konkrete Visionen, wie eine Stadt, die die Interessen der in ihr lebenden Menschen (unabhängig von Einkommen, Aufenthaltsstatus oder Geschlecht uvm.) in den Mittelpunkt stellt.

¹ Kommodifizierung: Prozess der Kommerzialisierung, beispielsweise durch Privatisierung

Beim Recht auf Stadt geht es nicht um ein einklagbares Individualrecht im Sinne der bestehenden Rechtsordnung, sondern um „ein Bündel von kollektiven Rechten, die durch eine Aneignung des städtischen Raumes, durch dessen Neuproduktion wider die kapitalistische Logik erstritten werden.“, wie es im Artikel „Recht auf Stadt - mehr als eine griffige Parole“ heißt. Es ist also ein politisches Konzept, eine konkrete Utopie und eine kollektive Forderung zugleich. Lefebvre konzipierte es auch als ein „Recht auf Nichtausschluss“ von den Qualitäten und Leistungen der urbanisierten Gesellschaft und wandte sich damit gegen Verdrängung und Ausgrenzung von städtischen Ressourcen und Dienstleistungen.

Wichtige Verfeinerungen sind das Recht auf Zentralität, also für den Zugang zu Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens sowie das Recht auf Differenz, also der Stadt als Ort des Zusammenkommens und der Auseinandersetzung.

Ökonomisch orientiert es sich an einer Umverteilung zugunsten der am stärksten Benachteiligten, kulturell an der Anerkennung und Berücksichtigung von Differenzen und politisch an der Ermöglichung einer demokratischen Mitgestaltung für alle. Visionen für eine emanzipative und gerechte Stadtentwicklung können unter diesem Namen entwickelt werden. Lefebvre gibt für sie eher eine Inspiration und einen Slogan, als eine Handlungsanweisung.

Von Bildungsbürger*in bis zum Illegalisierten – das Recht auf Stadt ist Stadt für alle

In Istanbul wehren sich Roma-Nachbarschaften gegen den Abriss einer ganzen Siedlung, in New Orleans fordern die Mieter*innen der Sozialwohnsiedlungen die Rückkehr in ihre preiswerten, zentralen Wohnungen, in Hamburg besetzen Künstler*innen die letzten historischen Gebäude des Gängeviertels, um Neubaupläne der Investoren zu verhindern. Die unterschiedlichen Umstände der verschiedenen Orte, von denen die Liste der Beispiele noch viel weitergeführt werden könnte, haben zur Folge, dass die Parole „Recht auf Stadt“ mit jeweils differenzierten konkreten Forde-

rungen und Bedürfnissen gefüllt wird, die den lokalen Entwicklungen entsprechen. Mietkämpfe werden mit der Aneignung von städtischem Raum und mit der Infragestellung von Ausgrenzungsprozessen in Verbindung gebracht. Sie kämpfen alle für bezahlbaren Wohnraum, für die Möglichkeit, in den Vierteln, in denen sie wohnen, selbstbestimmt leben zu können, also für eine Stadtplanung von unten, die die in der Stadt lebenden Menschen als die Grundlage ihrer Planung sieht.

Das Recht auf Stadt versucht oft, nicht nur die Partikularinteressen Einzelner zu erfüllen, sondern die Perspektive der Betroffenen zu nutzen, um so eine Verbesserung für alle durchzusetzen. Dies trifft aber nicht auf alle Beispiele zu.

Die neoliberale Stadt

Neoliberalismus als Gesellschaftsordnung hat das Ziel, alle Lebensbereiche zu kommodifizieren¹ und so für eine ökonomische Verwertung bereit zu stellen. Deregulierung, Dezentralisierung, Austerität und Sparpolitik sowie Privatisierungen und die Sicherstellung eines ökonomischen Wettbewerbes sind Kernstücke des neoliberalen Projekts. In der Innenstadt ist dies durch Gentrifizierung besonders spürbar und sichtbar. So werden städtische Infrastrukturen - wie etwa Wohnraum - an Private verkauft, ebenso öffentliche Einrichtungen - wie Schwimmbäder und Kulturbetriebe, Theater und sogar Schulen - der Logik der Profitgenerierung unterstellt.

Auch die Stadt selbst wird zum Unternehmen. Dazu gehört der Wettbewerb von Städten untereinander, die Umstellung der Verwaltung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und die unternehmerische Orientierung der Stadtregierung selbst. Oberste Maxime ist nur die Wirtschaftsfähigkeit und nicht die Bedürfnisse der Bevölkerung. Die Bewohner*innen fühlen sich dadurch unmündig und den Entwicklungen zunächst hilflos ausgeliefert.

So haben sich in vielen Metropolen weltweit die Innenstädte durch Gentrifizierungsprozesse zu exklusiven Wohnvierteln für Gutverdiener*innen, Shoppingparadiesen und Touri-Attraktionen verwandelt, in denen der bisherige Bewohner*innenmix nicht mehr wohnen, einkaufen und mitgestalten kann.



Straßenfest Unser Block bleibt in der Framstraße (Berlin-Neukölln) am 07. Juli. 2018

Das Recht auf Stadt von Lefebvre - Inspiration, nicht Instruktion

Das Recht auf Stadt ist eine Referenz auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre, der in seinem 1968 erschienenen Buch „Le droit à la ville“ eine schemenhafte Stadtu-topie - den demokratischen Urbanismus - umreißt.

Foto: GloReiche Nachbarschaft flickr

Lebensmittelpunkt oder Investitionsmöglichkeit

Die Frage nach Wohnraum hat unterschiedliche Bedeutungen. Einerseits ist Wohnen ein Grundbedürfnis und hat dazu eine soziale Funktion, die des Zuhauses, des Schutzraums und der Identität, sie strukturiert über die Nachbarschaft soziale Beziehungen. Andererseits hat sie eine ökonomische Funktion, die einer Ware also, mit der Rendite erwirtschaftet werden soll. Anders als bei Konsumgütern, bei denen (in kapitalistischer volkswirtschaftlicher Logik) das Individuum sich entscheiden kann, ob es das Produkt nutzen möchte oder nicht, geht das beim Wohnen nicht. Das Verhältnis von Mieter*innen und Vermieter*innen ist kein klassisches Angebot/Nachfrage-Verhältnis, sondern Mieter*innen sind in einer absoluten Abhängigkeit von Vermieter*innen. Unter anderem hier wird die neoliberale Stadt konkret, da mit Bedürfnissen spekuliert wird.

Es ist absurd, dass in Zeiten von steigenden Mieten und Wohnraum-mangel Wohnungen leer stehen, weil sich das „mehr lohnt“. Immobilien sind das Spekulation- und Investitionsobjekt schlechthin.

Es geht um mehr als nur ein Dach über dem Kopf

Die Forderung nach einem Recht auf Stadt beinhaltet mehr als den Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum.

In einer Stadt, die ein sozialer Ort ist, an dem Menschen sich begegnen, Ideen haben, sich anfreunden und streiten, muss mehr als ein Dach über dem Kopf sichergestellt werden. Für die dauer-

haft ökonomisch Ausgeschlossenen, für die aus gentrifizierten Innenstädten verdrängten Bewohner*innen, für von restriktiver Einwanderungspolitik betroffene Migrant*innen, für Illegalisierte stellt sich die Frage nach Teilhabe an der Stadtgesellschaft und an ihren Ressourcen auf eine ganz unmittelbare Art und Weise. Eine Forderung an die Stadtpolitik ist, ihre Handlungsspielräume im Sinne der Stadtbewohner*innen zu nutzen, sich gegen Privatisierung und den Ausverkauf der Stadt, gegen Gentrifizierung und Verdrängung und gegen Segregation² und Ausgrenzung zu stellen. Auch die Frage nach Zugehörigkeit wird in diesem Zusammenhang neu verhandelbar, wenn Stadtbewohner*innen als diejenigen Menschen definiert werden, die dort ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Dies schließt die Forderung nach dem Zugang zu den Ressourcen der Stadt wie Krankenhäuser und Schulen mit ein. Dies ist immer eine Kritik an der kapitalistischen Verwertung von Wohnraum und stellt sich gegen die Politik der neoliberalen Stadt und deren Konsequenzen von Ausbeutung, Verdrängung und Ausschluss, auch wenn dies nicht immer so deutlich gefordert und formuliert wird.

Es geht im Konkreten darum, dieses Recht auf Stadt nicht nur zu fordern, sondern über konkrete Formen der Aneignung nachzudenken und sie in der Praxis auszuprobieren. Es lässt sich gerade nicht auf eine konkrete Forderung und ein Projekt beschränken,

Weiterlesen:

Vollmer, Lisa: Strategien gegen Gentrifizierung.

Harvey, David: Right to the City

Lefebvre, Henri: Das Recht auf Stadt

Castells, Manuel: Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung

Holm, Andrej: Wohnen als Soziale Infrastruktur.

sondern steht für die Repolitisierung im Sinne einer öffentlichen Verhandlung der Stadt.

So klar diese Positionierung gegen die konkrete Bedrohung aussieht, so schwer ist es, gemeinsame, breite Visionen zu entwickeln, wie die Idealvorstellung der partizipativen Stadt aussehen kann. Doch gerade das ist das Potenzial, was es zu entwickeln gilt. Unterschiedliche Akteur*innen und Bewegungen vereinen sich unter dieser Forderung. Das Recht auf Stadt ist vielseitig und das ist seine Kraft.

Eva Gertz, LV Berlin

²Segregation bedeutet Trennung, im Fall von Stadt, dass Menschen etwa aufgrund ihres geringeren Einkommens aus dem Zentrum ziehen müssen. So können sich das Leben dort nur noch besser verdienende Menschen leisten.



Mietenwahnsinn-Demo Berlin am 14.04.2018

Foto: GloReiche Nachbarschaft flickr

„Wir fordern die Vergesellschaftung von Wohnraum“

In Berlin hat sich die Initiative „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ gegründet. Über ihre Ziele und Ideen haben wir für die aj mit ihnen gesprochen.

Warum und wie habt ihr angefangen, als Initiative aktiv zu werden?

Nachdem sich die bisherigen Maßnahmen der Politik wie die Mietpreisbremse als weitestgehend wirkungslos erwiesen haben, haben wir uns zusammengeschlossen und die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ gestartet. Wir, das sind Aktive des Mietenvolksentscheids Berlin 2015, der „Deutsche Wohnen“- oder „Akelius“-Mieter*innenvernetzung, Kotti & Co, der Interventionistischen Linken, Mitglieder verschiedener Parteien, verschiedene kleinere Initiativen und engagierte Einzelpersonen. In den Kämpfen einzelner Mieter*inneninitiativen der letzten Jahre hat sich immer wieder gezeigt, dass letztendlich nur gegen die Profitlogik von Immobilienkonzernen anzukommen ist, wenn die Häuser und Wohnungen dem freien Markt entzogen werden. Das kann durch den Rückkauf durch die Stadt Berlin passieren, ist für uns aber nicht ausreichend. Wir fordern die Vergesellschaftung, damit wir über die Zukunft unserer Stadt mitbestimmen können.

Warum wollt ihr große Immobilienkonzerne enteignen?

Für uns ist der wichtigste Grund, warum Mietpreise immer weiter steigen und Bestandsmieter*innen verdrängt werden, die Spekulation mit Wohnraum. Das heißt, dass große Immobilienkonzerne immer steigende Profite machen müssen, um Renditen an Investoren ausschütten zu können. Diese Profitlogik trifft am Ende uns Mieter*innen, da wir die immer weiter steigenden Mieten bezahlen müssen.

Wir fordern die Enteignung und Vergesellschaftung von Wohnraum, weil auf diese Weise nachhaltig Wohnraum dem spekulativen Markt entzogen werden kann. Wenn die Stadt die Häuser und Wohnungen einfach kauft, bezahlt sie die überhöhten Marktpreise und Immobilienkonzerne werden noch für ihren Umgang mit der Lebensgrundlage vieler Menschen belohnt. Außerdem kann die Überführung in eine Anstalt öffentlichen Rechts unter demokratischer Mitbestimmung

davor schützen, dass Wohnraum erneut privatisiert wird.

Was soll mit dem enteigneten Wohnraum passieren? Wie stellt ihr euch eine Verwaltung dieses Wohnraums vor, wenn ihr schreibt dies soll „unter mehrheitlich demokratischer Beteiligung von Stadtgesellschaft und Mieter*innen“ geschehen?

Die vergesellschafteten Wohnungen sollen in eine neu gegründete Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) überführt werden, also nicht einfach den landeseigenen Wohnungsunternehmen zugeführt werden. Diese AöR soll unter demokratischer Verwaltung stehen. Dafür sollen Mieter*innen, Beschäftigte der AöR, Vertreter*innen der Politik und der Stadtgesellschaft in einen Verwaltungsrat gewählt werden. Außerdem sollen Mieter*innen auf lokaler Ebene die Möglichkeit haben entweder in Selbstverwaltung, oder durch gewählte Vertreter*innen über die Entwicklung ihrer Siedlungen zu bestimmen. Vorhaben wie z.B. Modernisierungen sollen dann von beiden Ebenen gemeinsam geplant werden.

Denkt ihr, dass eure Forderungen auf andere Städte übertragbar sind?

Grundsätzlich sollte die Vergesellschaftung überall möglich sein, Art. 15 GG gilt in der gesamten BRD. Inwiefern andere Städte ihn anwenden können, hängt vom politischen Willen und der spezifischen Situation vor Ort ab. In der Berliner Landesverfassung ist das Recht auf Wohnen festgehalten, deshalb soll hier eine Kombination von Art. 15 GG und der Berliner Verfassung angewandt werden.

Habt ihr Ideen, wie über die Enteignung hinaus ausreichend bezahlbarer Wohnraum entsprechend der aktuellen Bedarfslage geschaffen werden kann?

Die Enteignung hätte einen dämpfenden Effekt auf das gesamte Wohnungsangebot, wenn deutlich gemacht wird, dass sich Spekulation mit Wohnungen nicht lohnt

und Investoren ihre Renditen nicht mehr am Wohnungsmarkt erwirtschaften können. Der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist ein wichtiger Bestandteil bei der Schaffung eines ausreichenden Angebots entsprechend der aktuellen Bedarfslage.

Darüber hinaus kann der Staat bei einer Enteignung Geld in sozial verträglichen Neubau stecken, da die Kosten viel niedriger sind als beim Rückkauf von Wohnungen die früher in staatlichem Besitz waren.

Welche Menschen erreicht ihr mit eurer Arbeit? Würdet ihr sagen, dass es Menschen gibt, die ihr noch zu wenig erreicht?

Von Mietenwahnsinn sind die unterschiedlichsten Menschen betroffen, daher interessieren sich auch sehr unterschiedliche Menschen für unser Projekt. Das zeigt sich sowohl bei den Aktiven in der Initiative als auch unter den Unterstützer*innen. In der nächsten Phase des Volksbegehrens müssen wir unsere Präsenz in den Berliner Außenbezirken noch ausweiten, das haben wir bisher leider nicht so gut abgedeckt. Dort gibt es bspw. große Siedlungen der Deutsche Wohnen mit bekannten Problemen wie ständig kaputten Heizungen usw. Die Mieter*innen dort sind potentielle Unterstützer*innen und müssen stärker von uns adressiert werden.

Gibt es einen Punkt, an dem ihr sagen würdet, „alles klar, unsere Ziele sind erreicht“?

Wenn Deutsche Wohnen & Co vergesellschaftet sind.

Das Interview wurde von Steffen Göths für die aj-Redaktion geführt.

Nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe wurde durch den Berliner Senat der sogenannte „Mietendeckel“ beschlossen, der Mieterhöhungen mit wenigen Ausnahmen für fünf Jahre untersagt. Die grundsätzlichen Probleme werden dadurch jedoch nicht behoben.

Anmerkung der Redaktion:

Enteignungen werden im Interview anstelle des Kaufs der Häuser gefordert, damit die Stadt nicht die „überhöhten Marktpreise“ für die Häuser bezahlen muss. „Überhöht“ können die Preise aber nur in einem moralischen Sinne sein, da es keinen „wahren“ Preis außer dem Marktpreis gibt. Es grenzt an linken Populismus, dem Markt zu unterstellen, er wäre „eigentlich“ dafür da, die menschlichen Bedürfnisse zu stillen und dann zu kritisieren, dass er „versagt“. Deswegen ist aus unserer Sicht bei solchen und ähnlichen Formulierungen Vorsicht angebracht. Mehr zur Kritik der moralischen Argumentation findet ihr im Artikel von Christoph.

Dicht, dichter, Innenverdichtung – Gespenst der moderneren Stadt?

Wohnungsmangel, Gentrifizierung oder Flächenverbrauch sind Schlagworte, welche in den letzten Jahren aus dem Sprachgebrauch einer kleineren Community der Siedlungsgeographie und Stadtentwicklung in öffentliche Diskussionen schwappten. Die gängige Antwort vieler Kommunen auf Fragen einer zukunftsfähigen Stadt lautet hierfür: Innen- bzw. Nachverdichtung. Diese Maßnahme beschreibt die Nachbebauung einer bestehenden Infrastruktur und Bausubstanz, sodass die Dichte des vorhandenen Wohnraums steigt. Soweit so gut – bestehende Kapazitäten ausnutzen klingt zunächst sinnvoll. Warum sollte man neue Siedlungsflächen am Stadtrand erschließen, wenn zentrumsnah Hinterhöfe für einen neuen Wohnblock genutzt werden können? Wer möchte nicht in den angesagten Vierteln wohnen? Schlafplatz und Szenekneipe nah beieinander, da freut sich doch nicht nur der ökologische Fußabdruck über kurze Wege. Innenverdichtung kann als Maßnahme angesehen werden, seit Kommunen sich mit Plänen der Innenentwicklung Gedanken machen, wie eine Siedlung den aktuellen und zukünftigen Ansprüchen angepasst werden kann. Ihren zweckmäßigen Ursprung könnte man bis zum Beginn der Industrialisierung zurückführen. Proletarier*innen und Landwirtschaft Betreibende wanderten vom Land in die Städte ab, zusammen mit dem Bevölkerungswachstum entstand eine massive Wohnungsnot. Daher wurden Städte erweitert und in Wohnblockbebauung aus dem Boden gestampft, welche als Mietskasernen und Blockrandbebauung bis heute noch erkennbar sind. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden Wohnsiedlungen in Verbindung mit einem steigenden Sozialstandard teilweise geöffnet und Bebauung aufgelockert, ein Zusammenpferchen der eigenen Bevölkerung in Massenquartieren entsprach nicht der herrschenden Ideologie. Der ›Heimatschutzstilk‹ kann mit einer Verbindung zur Natur gesehen werden: mehr Grün, mehr Platz, auch für die deutsche Stadtbevölkerung. Seit den 1960er Jahren führte in der Bundesrepublik die Idee der ›autogerechten Stadt‹ und der ›Urbanität durch Dichte‹ im Zuge des Wiederaufbaus zu neuen Blocksiedlungen auf beengtem Raum. Und auch heute wird

aufgrund der wachsenden Umsiedlung in die Städte vermehrt auf Maßnahmen der Innenverdichtung zurückgegriffen. Wo letztes Jahr noch Garagenbauten im Innenhof standen, erheben sich heute zwei neue Wohnblöcke, so nah, dass man sich vom Balkon aus scheinbar die Hand reichen könnte. Ein Zusammenrücken der Gesellschaft der anderen Art.

Gründe für eine Verdichtung der Räume sind seit jeher ähnlich. Die Bevölkerung strömt für Ausbildung und Leben in die Städte, während der ländliche Raum abgehängt wird. Hier grassiert wachsender Leerstand, dort sucht man verzweifelt eine bezahlbare Bleibe. Kommunen nutzen ihren bestehenden Platz daher effektiv aus und Infrastruktur muss nicht neu auf der grünen Wiese etabliert werden. Und seien wir ehrlich zu uns selber: in einem gewachsenen Quartier erscheint die Wohnqualität doch wesentlich höher als im Neubaugebiet. Also alles doch nicht ganz so schlimm? Natürlich bietet die Nachverdichtung Vorteile, doch birgt sie auch Potential für eine qualitative Verschlechterung milieugemischter und sozialverträglicher Wohnquartiere. Innenverdichtung bedeutet zwar den Schutz unversiegelter Flächen am Stadtrand und in der Peripherie, gleichzeitig aber auch die steigende Versiegelung der Stadtzentren. Damit gehen nicht nur Grünflächen für die zentrale Naherholung und Kultur verloren: Flächenversiegelung führt auch zu verringerten Sickerflächen für Niederschläge bei gleichzeitiger Erhöhung der Wärmespeicherung durch Beton. Den Wandel des Mikroklimas kann man jetzt schon direkt vor der Haustür als ›urban heat island‹ beobachten. Neubau führt zudem nicht zwangsläufig zu bezahlbarem Wohnraum. So schön das Wort Mietpreisbremse auch klingt, greift sie doch nicht bei Neubauten und Modernisierungen, also genau den Unterkünften, die durch Innenverdichtung geschaffen werden. Stattdessen fördert sie einen soziokulturellen Wandel. Ein Gespenst geht um im Quartier – das Gespenst der Gentrifizierung. Ohnehin schon benachteiligte soziale Milieus werden u.a. durch Innenverdichtung aus den Stadtzentren verdrängt. Innenverdichtung darf damit nicht blauäugig als positive Entwicklung gesehen werden. Im Sinne

Lefebvres ›Recht auf Stadt‹ besteht die Gefahr urbane Qualität durch Verdichtungsprozesse zu verlieren. Wohnraum in einem lebenswerten Quartier darf nicht zum Luxusobjekt gutsituierter Bürger*innen werden. Der blinde neoliberale Fortschrittsglaube könnte über eine ausufernde Innenverdichtung eher zu einer ökologisch destruktiven Siedlungsentwicklung führen, Verdrängungsprozesse anheizen oder durch Nachverdichtung prekäre Verhältnisse modernen Stils, komplementär zu den Arbeiter*innensiedlungen der Jahrhundertwende erzeugen. Wer lässt sich bei seinem Frühstück schon gerne von den Nachbar*innen auf den Esstisch schauen? Deshalb müssen sich mündige Bürger*innen der siedlungspolitischen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts bewusstwerden und kommunale Innenentwicklung kritisch verfolgen, um Platz für Kultur, sozialen Zusammenhalt und bezahlbaren Wohnraum für jede*n zu bewahren.

Tilman Büttner
LV Rheinland-Pfalz



Beispiel für Innenverdichtung

Foto Tilman Büttner

Wohnraumfrage als soziale Frage

Wir leben in einer Gesellschaft, die aus dem Menschenrecht auf Wohnraum eine Ware gemacht hat. Dies führt dazu, dass Wohnraumpolitik auf Seiten von Vermieter*innen der Logik kapitalistischer Verwertung und der Kapitalakkumulation unterliegt. Gerade urbaner Wohnraum ist gefragter denn je. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als dass die moderne Stadt per se ein Produkt von Industrialisierung und Kapitalismus ist. Erst die Konzentration von Kapital und damit einhergehend wirtschaftlicher Macht in Ballungszentren machte Urbanisierung und Landflucht notwendig, denn fast nur noch in diesen Zentren war es Arbeiter*innen möglich, ihre Grundbedürfnisse zu stillen: „Zum Leben aber gehört vor Allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere.“¹ Dass notwendige Grundbedürfnisse zur Ware erklärt werden, ist zwar nichts Neues, doch der Immobilienmarkt erlebt bundesweit eine so bisher nicht dagewesene Inflation. Während der urbane Wohnraum in der Zeit der Industrialisierung notwendiger Anziehungspunkt

für Arbeiter*innen war, haben sich Städte unlängst zu Zentren des Dienstleistungs- und Informationssektors entwickelt. Hinzu kommt eine urbane Kreativ- und Kulturszene und die Ansiedlung neuer marktwirtschaftlicher Modelle, etwa Start-ups. Und somit werden Städte erneut Zentren für die Anhäufung von Kapital. Mit ähnlichen Folgen wie bereits vor zwei Jahrhunderten: grassierende Landflucht, urbane Überbevölkerung und Wohnraummangel. Anders als zu Beginn der Industrialisierung ist der Wohnraum jedoch nicht notwendige Voraussetzung für Kapitalakkumulation, sondern selber Objekt der Erwirtschaftung finanziellen Mehrwerts. Daher hat sich der Wohnungsmarkt zu einer vorzüglichen Einnahmequelle entwickelt, da Wohnraum nicht nur eine Ware, sondern auch ein Produktionsmittel darstellt.

Diskurs und Dialog

Grund genug, Enteignung und Vergesellschaftung von Wohnraum zumindest anzudenken. Und genau das geschieht derzeit nicht nur im

Berliner Senat, sondern bundesweit in progressiven „Recht auf Stadt“-Gruppen, Mieter*inneninitiativen und auch innerhalb der radikalen Linken. Bisher mit einigem Erfolg: Einige politische und parlamentarische Akteur*innen, allen voran der rot-rot-grüne Senat in Berlin, zeigen einiges Interesse an einer sozialverträglichen Wohnungspolitik. Gleichzeitig fabulieren die Unionsparteien und die FDP beim Lautwerden von Forderungen nach der Enteignung von Immobilienkonzernen das Gespenst des Kommunismus herbei. Zwar werden bisher keine der radikaleren Forderungen erfüllt, jedoch ist eine deutliche Verschiebung des wohnungspolitischen Diskurses hin zu alternativen Modellen und Denkweisen zu erkennen. Doch bundesweite Reaktionen bleiben noch aus, die Zahl der Sozialwohnungen sank in den letzten 30 Jahren um mehr als 60 Prozent, durch die geplante Mittelkürzung der Bundesregierung wird 2020 eine Reduktion um 62,7 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 erreicht sein. Dieser Entwicklung will die derzeitige große Koalition keinen

¹ MEW 3, S. 28



Wohnblock im Neubaugebiet Berlin-Marzahn 1987

– oder nur geringen – Einhalt gebieten, im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD lediglich die Beibehaltung des Bestands an Sozialwohnungen beschlossen. Statt einer tiefgreifenden Förderung bezahlbaren Wohnraums liegt der Fokus der Bundesregierung auf der Förderung von Eigenheimen, brauchbare Politik für Mieter*innen sucht man indes vergebens. Mit verheerenden Folgen für Mieter*innen in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen. Denn während innerstädtische Bereiche neben Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Attraktivität vor allem durch hohe Mietspiegel geprägt sind, bleibt Menschen mit niedrigen Löhnen meist nur die vorstädtische Peripherie. Darüber hinaus wirken sich lange Arbeitswege oder fehlende kulturelle oder freizeithilfer Infrastruktur am zentrumsfernen Wohnort negativ auf die Lebensqualität aus.

Wohnungspolitik selber machen

Da von staatlicher Seite nur Symptombekämpfung zu erwarten ist, haben progressive Akteur*innen die Gestaltung der – zumeist lokalen – Wohnraumgestaltung und -nutzung oftmals bereits selbst in die Hand genommen. Durch Nachbarschaftstreffpunkte werden Menschen aus der Anonymität der Großstadt geholt, selbst organisierte kulturelle Angebote gleichen das Fehlen an

staatlicher oder öffentlich geförderter Kultur aus oder Gemeinschaftsgärten sorgen für eine ausreichende Naherholung auch in den städtischen Randgebieten. Dass die Bereitstellung alternativer Infrastruktur nichts am Hauptproblemen der Wohnungspolitik, nämlich steigenden Mieten und zu wenig bezahlbarem Wohnraum ändert, ist einigen Aktivist*innen sehr wohl bewusst. Sie greifen zu härteren Mitteln und übertreten das Gesetz, indem sie Häuser besetzen. Was die meisten Menschen aus Städten mit akuter Wohnungsnot, etwa Hamburg oder Berlin, kennen, hat auch andernorts Tradition. In Bochum etwa wurde seit den 1980er Jahren von der Vorortvilla über alte Zechengebäude bis zum ganzen Wohnsiedlungen so gut wie alles besetzt, um die eklatanten Fehler von Politik und Stadtplanung auszugleichen. Seit der Eröffnung der Ruhr-Universität in den 1960er Jahren erlebte die einstige Bergbaustadt einen nachweisbaren Bevölkerungszuwachs und einen dringenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Weder Stadt, noch akademisches Förderungswerk kamen dieser Mehrbelastung des lokalen Wohnungsangebots ausreichend nach. Dies änderte sich erst in den späten 1990er Jahren und besiegelte vorerst das Ende der Bochumer Hausbesetzer*innenszene. Zumindest bis zum 19. Mai 2017. An diesem Tag besetzten einige Aktivist*innen das zu diesem Zeitpunkt seit mehreren Jahren leerstehende Haus Herner Straße 131. Doch nicht etwa aufgrund persönlicher Wohnungsnot, sondern um die Kommunalpolitik auf Leerstand, allgemeinen Wohnraumangel, Gentrifizierung und fehlende wohnortnahe Kulturangebote aufmerksam zu machen. Dementsprechend hatte niemand der Besetzer*innen den Anspruch, die eigene Bleibe auf Dauer in der Herner Straße 131 einzurichten; stattdessen gab es Nachbarschaftscafés, Konzerte, Bastel- und Kreativworkshops und andere Angebote für Interessierte. Neben einem Hauch Hausbesetzer*innenromantik lag vor allem der Wille in der Luft, etwas zu verändern. Das war auch Stadt und Polizei bewusst, Räumungsversuche blieben aus – Dialogangebote allerdings auch. Die Stadtspitze hüllte sich mehr als sieben Wochen lang in Schweigen, einzig Vertreter*innen der Linkspartei und der Grünen ließen sich am besetzten Haus blicken. Doch dass die erste Bochumer Besetzung seit mehr als 25 Jahren den politischen Diskurs in Bochum entfachen konnte, ist an den Reaktionen im Stadtrat

zu erkennen gewesen. Plötzlich musste sich auch der SPD-Oberbürgermeister mit dem bisher ignorierten Thema der mehr als 7.000 ungenutzten Wohnungen und steigenden Mieten auseinandersetzen. Die Besetzer*innen konnten Nachbarschaftsinitiativen, Mieter*innenvereinigungen und progressive Stadtratsmitglieder auf ihre Seite ziehen und so öffentlichen Druck aufbauen, um drängende Probleme sichtbar zu machen. Zwar konnten die Pläne für die Herner Straße 131, etwa Notschlafstellen für bedürftige Menschen, Wohnraum weit unter dem Mietspiegel und ein selbstveraltetes Wohn- und Nachbarschaftszentrum, nicht realisiert werden, doch seit dem Sommer 2017 wird in Bochum über ein drängendes soziales Problem gesprochen – und die Verantwortlichen müssen reagieren.

Was tun?

Natürlich hat nicht jede*r die Ressourcen und Möglichkeiten oder schlicht die Lust, ein Haus zu besetzen, doch mangelnder oder nicht bezahlbarer Wohnraum geht alle an, egal ob Mieter*in oder wohnhaft im Eigenheim. Denn Ungleichheit auf dem Wohnungsmarkt sorgt für Ungleichheit in der Gesellschaft. Wenn die einen in Luxus wohnen, während für die anderen Wohnen zum Luxus wird, stehen wir vor einem Problem, das der Markt weder regeln kann noch will. Wenn die Wohnraumfrage erneut zur sozialen Frage wird, wird der Soziale Frieden in Gefahr sein. Weil Wohnen ein Menschenrecht ist, darf es nicht weiter zur Ware transformiert werden. Bei der Gestaltung neuer Konzepte und Ideen zum gemeinschaftlichen und solidarischen Wohnen der Zukunft sind wir alle gefragt und wir alle haben die Möglichkeit, positive Beispiele vorzuleben, Druck auf Entscheidungsträger*innen auszuüben und eine solidarische Stadt der Zukunft gemeinsam zu gestalten. Konkret heißt das: Wir müssen uns für den freien Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, wohnortnahen Freizeit- und Kulturangeboten und nachbarschaftliche Solidarität stark machen und uns organisieren, Hilfe leisten und Ansprechpartner*in sein für Menschen, die schon heute am Wohnungsmarkt geringere oder keine Chancen haben. Ohne Solidarität gewinnt der Markt, und eine Stadt für Wohlhabende ist keine Stadt für alle.

Justin Mantoan,
UB Bochum

In eigener Sache

1990 hörte die DDR durch ihren Beitritt zur Bundesrepublik auf zu existieren. Unser jährliches Seminar „Rosa & Karl“ (10.-12.01.2020 in unserer Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein) hat das dieses Mal zum Oberthema und auch wir wollen hier den Schwerpunkt der kommenden Ausgabe setzen. Wir wollen uns damit zu beschäftigen, was die DDR eigentlich war, wie unser Verhältnis zum sogenannten „real existierenden Sozialismus“ ist und welche Spuren die Prozesse nach 1990 bis heute hinterlassen haben: Wie war eigentlich die Rolle der Frauen? Wie erlebten Vertragsarbeiter*innen aus Staaten wie Mosambik oder Vietnam die DDR und die Zeit nach der Wende? Was war eigentlich die Treuhand? Was wollte eigentlich die linke Opposition in der DDR? Warum sollte uns das heute noch interessieren?

Wir freuen uns über alle Beiträge zu diesen oder weiteren Themen. Außerdem könnt ihr auch Interviews führen, spannende Bücher, Filme und Musik rezensieren oder Diskussionsbeiträge zu früheren AJ-Artikeln schreiben.

Artikelideen- und Vorschläge schickt ihr wie immer an unsere Redaktionsadresse: sascha.doering@sjd-die-falken.de. Bei Fragen spricht uns gerne an.

Der Redaktionsschluss ist der 15. Februar 2020.



Foto: Hubert Link

Vegane Supermärkte denen, die drin wohnen

Linke Ideen als Teil eines Verdrängungsmechanismus

Ich habe in den letzten Jahren viele verschiedene Wohnformen besucht, vom kleinbürgerlichen Mehrgenerationenprojekt über die linke Hippie-Studi-WG bis hin zum Punker*innen-Wohnprojekt, das im Winter seine Treppe verbrannt hat, weil sie vergessen hatten, Feuerholz zum Heizen zu besorgen. Ich habe mir angesehen, wie die lang erwartete Eröffnung des veganen Supermarkts in der Straße letztlich als Teil des Prozesses erkannt wurde, der Hand in Hand mit deftigen Mieterhöhungen im ganzen Viertel ging.

Dieser Prozess ist bekannt als Gentrifizierung, der Prozess der Aufwertung und Verdrängung. Das läuft dabei immer ähnlich ab: Studierende und Künstler*innen ziehen in einen billigen Stadtteil und machen das Beste draus, der Stadtteil wird hip-cool-sexy und immer attraktiver für Immobilienfonds. Die Wohnungen werden aufgekauft, renoviert und schließlich an zahlungskräftigere Mieter*innen vergeben. Deswegen steigt das allgemeine Preisniveau im Viertel und verdrängt auch die restlichen Geringverdiener*innen.

Der Wandel der Arbeit und die Gentrifizierung

In seinem Artikel „Die Debatte um die Gentrifizierung ist verkürzt“ aus der Zeitschrift *analyse & kritik* stellt Arndt Neumann die These auf, dass der Prozess der Gentrifizierung Hand in Hand

mit dem Wandel der Arbeit in unserer Gesellschaft verläuft und in diesem Kontext verstanden werden muss¹. Nachdem Leben und Arbeiten in den 1970er Jahren noch strikt getrennt wurde, arbeiten viele Menschen heute von ihrer Wohnung aus. Damals gab es hier Industriegebiet, da Wohnviertel, es gab feste Arbeitszeiten und mit der Arbeit auch eine soziale Absicherung. Die Stadtplanung richtete sich explizit nach dieser Aufteilung und der soziale Wohnungsbau war Teil davon. Die Innenstädte wurden unspannend und verfielen unbeachtet.

Heute arbeiten sehr viel weniger Menschen in Fabriken, unsere Arbeit ist entgrenzt, und der Dienstleistungssektor wächst. Vom ÖPNV bis zum Büro im Cafe um die Ecke, es geht ums Händeschütteln und „networken“. Auch in der Stadtplanung geht es nicht mehr um die Abgrenzung, die Innenstädte von Großstädten werden wieder attraktiver - gerade aufgrund der von ihnen ermöglichten Vermischung von Arbeit und Leben.

Und alles begann mit den Studis und den Künstler*innen - sind die jetzt also schuld?

Innenstädte bieten viele Möglichkeiten zur Begegnung (z.B. Cafés, Bars), die heute immer wichtiger geworden ist. Das steigert auch den Wert der Immobilien. Diese Begegnungsorte wurden aber gerade von eben jenen Studis und Künstler*innen geschaffen, die durch die Gentrifizierung verdrängt werden. Sie haben ihre Arbeit investiert und die leerstehenden Viertel genutzt, haben sich Communitys aufgebaut, deren Räume und Image nun von Firmen aufgekauft werden können. Ein ausgedachtes Beispiel wäre z.B. eine kleine, leerstehende Werkstatt mit Graffiti an den Wänden, die von der Skateboard-Community erschlossen und genutzt wurde. Diese Werkstatt wird dann von einem Skateshop aufgekauft, die Wände so belassen, weil man ja auf den „Street-Charme“ steht und als neuer Verkaufsraum genutzt. Die Skate-Community kann diesen Raum jetzt nicht mehr so nutzen wie vorher, aber sich neue Skate-

schuhe kaufen. Der Markt hat das geregelt.

„Immobilien in gentrifizierten Stadtteilen sind gerade deshalb so lukrativ, weil die Immobilienfonds keinen einzigen Cent für das Image und damit für die Arbeit der dort Lebenden bezahlen. (...) Die einen verdienen Millionen, die anderen bekommen nichts“, schreibt Arndt Neumann. Die Studis und die Künstler*innen sind nicht schuld an der Gentrifizierung, sie werden letztlich enteignet.

Zu der Verdrängung der Einkommensschwachen aus den Innenstädten kommt noch ein weiterer Aspekt, denn wo Raum teurer wird, betrifft es nicht nur Wohnungen, sondern auch Gewerberäume. Auch die Arbeit zieht sich oftmals ins Private zurück und fördert damit immer weiter die Entgrenzung der Arbeit: Denn wenn ich arbeite, wo ich wohne, schlafe ich immer auf der Arbeit. Die Verknüpfung von prekärer Arbeit und Gentrifizierung funktioniert also wechselseitig. Ich teile Arndt Neumanns Analyse, für mich bleibt aber die zentrale Frage offen: Wie gehen wir damit um? Ich habe Bekannte, die haben in ihren Hausflur gepinkelt und Dreck an die Wände geschmiert, um Investor*innen abzuschrecken, doch das scheint mir keine praktikable Lösung zu sein. Es braucht Gesetze, Mietpreisbremsen und Zweckentfremdungsverbote.

Gegen Gentrifizierung laut werden!

Um das zu erreichen, braucht es Menschen, die ihre Stimme erheben und die sich einmischen! Natürlich hilft es keinem, die Arbeit und das Wohnen wieder klassisch zu trennen, das wäre in dieser Gesellschaft wohl auch kaum noch möglich. Aber die Mindeststandards, das Recht auf Wohnen und die soziale Absicherung müssen wieder mehr Bedeutung in der Stadtplanung haben. Die Städte müssen raus aus der Privatisierung, Wohn- und Arbeitsraum gehört in die öffentliche Hand.

Kira-Marie Bennemann,
LV Rheinland-Pfalz

¹ Mehr dazu in dem Artikel „Die Debatte um Gentrifizierung ist verkürzt“ von Arndt Neumann in der Zeitschrift *analyse & kritik* Nr. 558.



Neoklassizistisches Haus von 1920 neben einem Neubau von 2000 in Mexico-City

Foto Francisco Peláez

Beet vs. Beton – Wem gehört die Stadt?

Die Stadt, Motor der Gesellschaften, Fabrik neuer Lebensentwürfe, sozialer Schmelztiegel und Ort der Gemeinschaft. Städte haben viel zu bieten, deswegen wollen immer mehr Menschen dort wohnen. Das bedeutet aber, dass der Platz in den Städten immer knapper wird. Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser und Geschäfte müssen neu gebaut werden. Weil das Angebot an Bauland begrenzt ist, steigen die Preise für das Bauen und damit auch für das Wohnen. Weil das Bauland so viel Wert ist, lohnt es sich, damit zu spekulieren. Das bedeutet, möglichst günstig Land zu kaufen und dann teurer weiter zu verkaufen. Aber wer soll eigentlich bestimmen, was wo gebaut wird, und zu welchem Preis? Über diese Frage streiten sich die Experten schon seit Ewigkeiten. Die einen sehen die Stadt wie ein Unternehmen, das Gewinne abwerfen soll. Sie wollen vor allem das bauen, was den höchsten Gewinn verspricht. Viele andere, vor allem die Bewohner*innen selbst, sehen ihre Stadt als Lebensraum, der ihnen soziale Erfahrungen und Kultur bietet, Infrastruktur wie Schwimmbäder, Schulen und Bibliotheken bereitstellt. Dort wollen sie mitgestalten und auch Natur erleben können, sei es im Park, im Kleingarten oder im Stadtwald. Gerade mit diesen Orten lassen sich aber nur schwierig Gewinne machen. Weil die gewinnorientierten Unternehmen sehr mächtig sind und sich häufig durchsetzen können, verschwinden in den Städten momentan immer mehr Rückzugsorte und Grünflächen oder es werden gleich ganze Kleingartenanlagen in Bauland umgewandelt.

Eine Stadt für Alle?

Es geht auch anders. Auch in Städten, die wenig Raum haben, kann man clever mehr Menschen unterbringen, indem man leerstehende Gebäude und Grundstücke nutzt. Auf viele Häuser kann man ein paar Etagen draufsetzen, oder Dachgeschosse ausbauen. Man kann auch neue Stadtviertel mit eigenen Grünflächen außerhalb der Städte bauen. Vor allem muss man die Bürger*innen beteiligen. Sie wissen am besten, was sie brauchen und an welcher Stelle sie bereit sind Kompromisse einzugehen. Nur so lassen sich soziale

Konflikte vermeiden. Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen werden bisher kaum beachtet. Sie dürfen weder die Politiker*innen wählen, die über Stadtentwicklung entscheiden, noch sind sie in die Beteiligungsverfahren eingebunden. Gerade junge Menschen müssen aber noch lange in den Städten leben, die ältere heute entwerfen.



Bild Schreberjugend

Logo der Schreberjugend

Die Grünflächen denen, die sie nutzen!

Kinder und Jugendliche brauchen Grün- und Freiflächen, um sich zum Spielen oder rumhängen zu treffen, sich der Kontrolle der Eltern für eine Weile zu entziehen und sich auszuprobieren. Städtische Brachen und Grünflächen sind ihre Wohnzimmer und Festsäle. Sie müssen mitentscheiden, wenn es um die Entwicklung ihrer Städte geht. Hierfür reicht es nicht, Jugendparlamente ohne Antrags- und Vetorechte einzurichten, oder bei großen Bauprojekten einfach Spielplätze und Jugendzentren mit

zu planen. Als Arbeiter*innenjugendverband stehen wir für das Recht der Bewohner*innen auf den Erhalt grüner Rückzugsorte in den Städten und den Schutz des Stadtklimas, sowie für ein generelles Recht auf die lebenswerte Stadt. Wir werden der Thematik „Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtentwicklung“ in diesem Jahr daher besondere Aufmerksamkeit widmen und gemeinsam mit anderen Jugendverbänden und dem Deutschen Bundesjugendring für eine nachhaltige, grüne und lebenswerte Stadt der Zukunft eintreten.

Erik Rose und Tomas Kilousek,
Deutsche Schreberjugend

Dieser Artikel erschien bereits in der ImBlick, der Mitgliederzeitung der Deutschen Schreberjugend. Die Schreberjugend ist wie wir Falken Teil des Beethovenkreises, der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter*innenjugendverbände im Deutschen Bundesjugendring.

Die Schreberjugend wurde 1864 zur Zeit der Industrialisierung in Leipzig gegründet und ist damit der älteste Jugendverband Deutschlands. Schwerpunkte der Arbeit der Schreberjugend sind Umweltbildung und politische Bildung. Von Entspannung und Spaß in urbanen Gärten bis zu internationalen Jugendbegegnungen können junge Menschen hier vielfältigen Aktivitäten nachgehen und sich mit ihren Interessen im Verband einbringen.



Grüne Oase im Beton

Bild Schreberjugend

Ein paar Ideen für den Anfang:
Jugendparlamente stärken – mindestens Antrags-, besser noch Vetorecht
Jugendvertretung im Stadtplanungsamt
Verbreitung stadtplanerischer Vorhaben auf kinder- und jugendgerechten Kanälen
Wahlalter senken
Ausverkauf der Städte sofort stoppen
Erbpacht statt Verkauf von Grundstücken
Netto-Null-Flächenverbrauch-Grundsatz – für zerstörte Grünflächen müssen ortsnah neue Grünflächen geschaffen werden

„Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“

Zur politischen Kritik des Moralismus

Soziale Kämpfe weltweit werden zumeist moralisch gerechtfertigt. Es wird gegen die ungerechte Ausbeutung von Menschen und Natur protestiert, gegen den Reichtum des Nordens, den dieser auf Kosten des Südens anhäuft, gegen Steuerflucht oder gegen steigende Mieten in deutschen Großstädten. Neben einer bei der Wohnungsfrage auch rechtlichen Argumentation wird dabei auf Anstand gepocht, werden Renditeansprüche als unverhältnismäßig zum erzeugten Leid abgewiesen und ganz allgemein die Ungerechtigkeit angeprangert. Gegen Empörungen von unmittelbar Betroffenen ist aus Sicht einer Linken, die für eine radikal-demokratische Veränderung der Gesellschaft eintritt, zunächst nichts einzuwenden, sofern sich

diese Empörung in konkreten Kämpfen gegen das eigene Leid zeigt. Wohl aber sollte man sich gegen einen bloß moralisierenden Blick auf soziale Kämpfe, der sich nur auf die handelnden Individuen richtet, wenden. Nicht nur wird so die gesellschaftliche Dimension ausgeblendet, der Fokus auf die Einzelnen ist vielmehr selbst ein historisch spätes Produkt der bürgerlichen Gesellschaft. Auch wenn im Folgenden die moralische Sichtweise kritisiert wird, bedeutet dies nicht, dass stattdessen einfach möglichst unmoralisch zu leben sei. Das Problem an der Moral, so soll gezeigt werden, ist nicht, dass sie den Blick auf die Geschädigten bestimmter Handlungen legt, sondern dass ihr Blick hierauf selbst verkürzt ist und damit wider Willen eine Ordnung befestigt, gegen die sie aufbegehren müsste.

Moral und Interesse

Moral ist – in ihren besten Ausprägungen – zunächst eine Selbstermächtigung der Individuen gegen schlechte Verhältnisse und Ideologien. Die moralische Empörung hat dabei universelle Rechte und Pflichten für alle Gesellschaftsmitglieder zum Ziel. Was als moralisch falsch gilt, ist moralisch falsch für alle Menschen. Moralität richtet sich folglich immer auch gegen Sonderrechte der Herrschenden. Diesen Universalismus in der Moral hat Christine Zunke in einem lesenswerten Artikel gegen die vor allem von der Gruppe „GegenStandpunkt“¹ vertretene, herausragende Bedeutung des Eigeninteresses für die Überwindung des Kapitalismus hervorgehoben. Für den „GegenStandpunkt“ liegt es im Interesse der Menschen, den Kapitalismus zu überwinden, weshalb es keiner moralischen Begründung der Kapitalismuskritik bedarf. Zunke argumentiert dagegen, dass die Berufung auf das Interesse jedes Einzelnen gerade nicht dazu geeignet sei, den Kapitalismus emanzipatorisch zu überwinden. Vielmehr laufe dies in letzter Konsequenz auf die vollständige Unterjochung aller hinaus. Käme es nur auf das Eigeninteresse an, müsse jede*r danach streben, sich alle anderen Menschen untertan zu machen. Erst so sei gewährleistet,



Gustave Doré

dass jedes mögliche Bedürfnis befriedigt wird und dem Eigeninteresse nichts entgegensteht. Allerdings hat die Berufung auf das Eigeninteresse der Menschen an der Überwindung des Kapitalismus auch ihre Berechtigung. Denn die Möglichkeit einer anderen Gesellschaft setzt, wie auch die meisten Moraltheorien, dem Bestehenden ein zu erreichendes Ideal entgegen. Dabei geht es in der Moral um ein unbedingtes Sollen. Die Menschen sollen auf eine bestimmte Art und Weise handeln, weil sie moralisch richtig ist. Das moralische Sollen kann seine Legitimation nicht den tatsächlichen Handlungen der Menschen verdanken. Es muss unabhängig davon gelten, sofern es für die Handlungen der Menschen zuallererst eine Richtschnur bieten soll. Damit entsteht allerdings das Problem, welchen Grund die Individuen überhaupt haben sollten, sich daran zu orientieren, sonst ließe sich die moralische Forderung nicht als etwas Erstrebenswertes rechtfertigen, dem jede*r unbedingt nachkommen sollte. Würde das moralische Gebotene allerdings ohnehin gewollt, wäre eine Formulierung als Gebot hinfällig. Folglich muss das Gebotene zwar im Interesse der Menschen liegen, allerdings nicht in ihrem unmittelbaren, materiellen Interesse. Das Gebotene muss ein höheres Interesse ansprechen, ein Interesse am Guten. Daraus folgt dann leicht die Geringschätzung, die die Philosophie in den großen Hauptlinien gegenüber allem Körperlichen zeigte. Der Widerspruch des moralischen Sollens ist somit in den Gegensatz zweier, unterschiedener menschlicher Interessen eingetragen.

¹ Der GegenStandpunkt ist ein aus der Marxistischen Gruppe hervorgegangener Zusammenschluss, der in der gleichnamigen Zeitschrift kapitalismuskritische Positionen entwirft, die häufig auf die Frage nach dem (Klassen-)Interesse hinter bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen hinauslaufen.



Bild Thomas Annan

Slum in Glasgow um 1871



Arbeiterviertel in London 1870

Gesellschaftskritische Grundlagen

Hat Moralität zunächst auch einen emanzipatorischen Gehalt, richtet sie sich letztlich doch gegen die Individuen. Weil Moral auf die*den Einzelne*n gerichtet ist, drückt sie sie*ihn nieder. Moralität ist dabei die angemessene Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs in der Vereinzelung unter kapitalistischen Bedingungen. Der Zerteilung des menschlichen Interesses in gegensätzliche Antriebe entspricht der Widerspruch von Allgemein- und Privatinteresse unter kapitalistischen Bedingungen. In einer Gesellschaft, in der die Menschen gemeinsam ihre Verhältnisse demokratisch gestalten, befänden sich das Allgemeine und das Besondere nicht mehr im Widerspruch. Das Allgemeine wäre nichts Anderes als das, worauf sich letztlich alle gemeinsam geeinigt haben. Im Kapitalismus dagegen muss beispielsweise der Staat den einzelnen Kapitalist*innen durchaus Einhalt gebieten und eine allzu krasse Ausbeutung der Arbeiter*innen verhindern. In der Konkurrenz der jeweiligen Kapitalist*innen ist eine möglichst umfassende Ausbeutung der Arbeiter*innen sinnvoll, um möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Insgesamt kann dies aber dazu führen, dass die gesamtgesellschaftliche Arbeitsleistung abnimmt, weil bspw. die Arbeiter*innen zu erschöpft sind. Das besondere Interesse der Kapitalist*innen an einem möglichst hohen kurzfristigen, individuellen Gewinn steht hier also im Widerspruch zu ihrem Interesse als Klasse, ihre Gewinne

auf Dauer zu stellen und beides steht selbstverständlich wiederum im Widerspruch zum Interesse der Arbeiter*innen an einem möglichst kurzen Arbeitstag bei vollem Lohnausgleich.

Entsprechend der gesellschaftlichen Verhältnisse stehen innerhalb der Moral das Eigeninteresse und das Interesse am Guten einander gegenüber. Die Einzelnen sollen ihr egoistisches Handeln so einschränken, dass es nicht dem moralisch Guten entgegensteht.

Politische Ethik

Was bedeutet das nun aber für die konkreten Kämpfe innerhalb der Gesellschaft? Mischt man sich dennoch ein oder hält man sich einfach heraus und arbeitet darauf hin, dass sich die Menschen von einer ihnen gegenüber verselbstständigten Produktion befreien? Schon diese Alternative ist eine falsche. Nur in den konkreten sozialen Kämpfen, in die die Widersprüche des Kapitalismus eingehen, lässt sich seine Überwindung vorbereiten. Die Probleme lassen sich so zwar nicht vollständig lösen, sie lassen sich aber über jegliches für die kapitalistische Verwertungslogik erträgliche Maß hinaustreiben. Für die Wohnungsfrage würde dies eine grundsätzliche Infragestellung

von Mieteinnahmen bedeuten, vor allem aber die Organisation einer breiten Opposition gegen Immobilienkonzerne und ihre Interessenverbände. In einer solchen breiten Opposition ließen sich Forderungen nach einer Vergesellschaftung von Wohneigentum zwar nicht durchsetzen, werden hier aber die emanzipatorischen Forderungen so weit wie möglich getrieben, geraten sie schnell in unversöhnlichen Widerspruch zur bestehenden Gesellschaftsordnung. Das kann dazu führen, dass die sozialen Kämpfe ums Wohnen den Beteiligten verdeutlichen, dass es im Kapitalismus nicht um das Wohl der Menschen geht und er daher emanzipatorisch zu überwinden ist. Eine bloß moralische Kritik begibt sich dagegen in die Gefahr, gesellschaftliche Veränderungen nur an Individuen festzumachen und alle Hoffnung fälschlicherweise in den Austausch des jeweiligen Personals zu setzen. Anstatt die Schuld immer bei den Menschen zu suchen, geht es darum den Blick auf die Verhältnisse zu lenken, in die sie hineingeboren werden und konkret zu schauen, wie diese emanzipatorisch verändert werden können.

Christoph Hövel,
KV Oberhausen



Dante: Wie die Moral uns niederdrückt

Gustave Doré

Impressum

AJ -Die andere Jugend
3 –2019

Herausgeberin:
Sozialistische Jugend
Deutschlands –Die Falken
Bundesvorstand

Luise & Karl Kautsky Haus
Saarstraße 14, 12161 Berlin

Tel. (030) 26 10 30-0
aj-redaktion@wir-falken.de
www.wir-falken.de

V.i.S.d.P.:
Jana Herrmann

Redaktion:
Miriam Bömer, Steffen
Göths, Mona Schäfer, Jan
Schneider, Sergio Perder

Texte:
Kira-Marie Bennemann,
Micki Börchers, Tillman
Büttner, Deutsche Wohnen
und Co enteignen, Eva
Gertz, Steffen Göths,
Hausprojekt in Erfurt,
Christoph Hövel, Tomas
Kilousek, Justin Manton,
Erik Rose, Jan Schneider
Rätsel: Annika Neubert und
Jan Schneider

Fotos und Grafiken:
Tom Ordelmann (S. 1),
GloReiche Nachbarschaft
flickr (S. 2, 3), Tillman
Büttner (S. 5), Hubert Link
(S. 6), Francisco Peláez
(S. 8), Deutsche Schreiber-
jugend (S. 9), Thomas
Annan (S. 10), Gustave
Doré (S. 10, 11), Hauspro-
jekt Erfurt (S. 12), AdSD der
Friedrich-Ebert-Stiftung
(S. 13), Branch of the Nati-
onal Union of Journalists
–BNUJ (S. 14), Alex Lorenz
(S. 15)

Layout: Lena Schliemann

Druck: BVZ Berliner
Zeitungsdruck GmbH

Gefördert aus Mitteln des
Kinder- und Jugendplans
des Bundes.

„Aber zweimal im Leben wollen wir die Arbeit nicht!“

In Erfurt hat sich unter Beteiligung von Falken ein linkes Hausprojekt gegründet. Gemeinsam haben sie ein Haus gekauft und renoviert. Über Idee, Umsetzung und das Zusammenwohnen hat die AJ mit ihnen gesprochen.

Wie kam es zum Hausprojekt? Wie hat sich die Gruppe zusammengefunden, die jetzt im Haus wohnt? Was war eure Motivation, das Hausprojekt umzusetzen?

Es gab einen Kern von 4 Leuten – wir hatten zu einem offenen Treffen für Interessierte eingeladen. Aus diesem Treffen ergab sich dann die jetzige Gruppe des Hausprojekts. In der Einladungsmail formulierten wir auch schon unsere Vorstellungen: Wir wollten mit Genoss*innen zusammenziehen, die linkspolitisch organisiert sind und dies auch bleiben wollen. Gleichzeitig wollten wir kein Hausprojekt, in dem die Konsumentenscheidungen unserer Mitbewohner*in im Plenum zum Politikum erhoben werden (frei nach dem Motto – erst ändere ich meine Mitbewohner*innen, und dann die ganze Welt).

Es gab mehrere Gründe für ein Hausprojekt: Wir fanden es schön, zusammen zu wohnen und in einem Haus mit Genoss*innen zu wohnen. Wir wollten uns dem Mietmarkt entziehen (kein Leben lang Miete zahlen und damit Andere reich machen). Wir wollten etwas mehr Sicherheit für die Zukunft (keine ständige Angst vor Mieterhöhungen). Großteils hatten wir kein Geld für eigenes Wohneigentum oder aber keine Lust, alleine für Eigentum verantwortlich zu sein.

Was waren die bürokratischen Hürden?

Es gibt viel bürokratischen Aufwand (Welche Rechtsform wähle ich? Wie stelle einen Kreditantrag? Wie erstelle ich einen Finanzplan?) – diesen gäbe es aber auch, wenn man als Einzelperson eine Wohnung

kaufen würde und man kann arbeitsteilig vorgehen. Wir hatten viel Unterstützung von anderen Hausprojekten, die uns ihre Unterlagen zur Verfügung stellten. Eine dauerhafte bürokratische Hürde ist, dass es aus unserer Perspektive keine gute Rechtsform für gemeinsamen Besitz gibt, die nicht auf Gewinn gerichtet ist und gleichzeitig nicht gemeinnützig ist.

Sonst ist vor allem das Finanzielle die größte Hürde. Es braucht Eigenkapital, das heißt es braucht auch Leute mit Vermögen in der Verwandtschaft oder im Umfeld, um Direktkredite klarzumachen. Schließlich kriegt man als Verein auch schlechtere Kreditkonditionen als als Privatperson.

Wie lange hat es von der Idee bis zum Beginn der Umsetzung gedauert und wie lange die Renovierung bis zum Einzug?

Die Idee gibt es schon sehr lange – eigentlich seitdem wir wussten, dass wir in Erfurt bleiben wollen. Ein erstes Treffen fand Ende 2016 statt, die Vereinsgründung und die Beteiligung an einer Versteigerung erfolgte innerhalb von ein paar Wochen. Nachdem wir das gewünschte Haus nicht bekommen hatten, vergingen ein paar Monate mit der Recherche nach einer passenden Immobilie. Im April 2017 gaben wir dann ein Angebot bei einer weiteren Versteigerung ab und erhielten den Zuschlag. Bis Anfang September planten wir die Raumaufteilung und bauten dann von September 2017 bis Dezember 2018 um. Die Einzüge erfolgten von September bis Dezember 2018. Jetzt sind wir zu ca. 95% fertig, wohnen alle im Haus und gerade ist die Luft raus für weitere Arbeiten.

Wie gut hat die Arbeitsteilung bei der Renovierung geklappt?

Alles in allem hat es sehr gut geklappt und wir hatten eine relativ hohe Verbindlichkeit. Aber natürlich haben Leute unterschiedlich viel gemacht, unterschiedlich intensiv zu unterschiedlichen Zeiten gearbeitet, unterschiedliche Ressourcen gehabt (Teilzeit

oder Vollzeit, Ausbildung, Uni oder arbeitslos usw.) – und es gab auch Stunk deswegen. Man kann auch feststellen, dass die meisten von uns bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit gekommen oder sogar darüber hinaus gegangen sind.

Es war eine Riesenaufgabe, für die weder unsere Zeit, noch unser Wissen und Können gereicht haben. 1-2 Personen hatten handwerkliches Wissen und Erfahrungen mit Hausprojekten, das war sehr wertvoll. Es gemeinsam anzugehen und sich zusammen verantwortlich zu fühlen, hat aber dazu geführt, dass wir diese Mammutaufgabe geschafft haben. Es war trotzdem der Horror. Jetzt sind sehr froh, dass es vorbei ist und wir hier wohnen können.

Wie ist das Verhältnis von Privatsphäre und Gemeinschaft?

Bei uns gibt es 5 Wohneinheiten, die eigentlich nicht anders als normale Einzelwohnungen oder WGs funktionieren. Klar, man kennt sich schon lange und versteht die Wohnung nicht als Durchgangsstation zwischen Kindheit und Kleinfamilie, sondern als Zuhause. Aber ökonomisch sind wir nicht anders organisiert (keine gemeinsame Ökonomie). Es war von Anfang an unsere Absicht, dass immer alles in der kleinstmöglichen Einheit entschieden wird. Nur das, was alle betrifft, soll auch gemeinsam besprochen werden. Das hat Vor- und Nachteile. Man ist unabhängiger gegenüber seinen Mitbewohner*innen, hat aber auch die Nachteile (kein Gemeinschaftseinkommen). Auch unsere ursprüngliche Vorstellung eines „unpolitischen Hausprojekts mit politischen Bewohner*innen“ hat sich als nur begrenzt möglich herausgestellt.

Schließlich glauben wir, dass man Veränderungen gegenüber offen sein muss. Wir sind Mitte 20 bis Mitte 30 – vielleicht wollen Menschen irgendwann Kinder oder die Beziehungskonstellationen ändern sich, die Job-Perspektive ändert sich und Menschen wollen ein- oder ausziehen. Unser Haus bietet begrenzt Möglichkeiten für große Veränderungen, aber

wir haben uns dieses Projekt gemeinsam geschaffen und zumindest den Anspruch, uns wechselseitig ein Leben zu ermöglichen, das man frei wählt.

Wie hoch ist die Miete jetzt schlussendlich geworden? Wie lange müsst ihr abbezahlen?

Wir zahlen 5,50 € kalt plus Nebenkosten und Mitgliedsbeiträge (diese sind nach Selbsteinschätzung gestaffelt). Das ist bereits jetzt günstiger als Neuvermietungen im Viertel mit schlechterem Mietstandard. Wir müssen 27 Jahre lang abbezahlen – nach 10 Jahren endet

allerdings die Zinsbindung, dann müssen wir nochmal neu sehen, wie es finanziell aussieht.

Würdet ihr es wieder machen? Was würdet ihr im Nachhinein anders machen?

Wir würden es auf jeden Fall wieder machen. Klar würde man im Nachhinein Dinge anders machen – das Wissen hat uns halt am Anfang gefehlt. Eine noch verbindlichere Organisation der Bauwochenenden und Bauwochen. Noch klarere Absprachen über Budgets/Wohnung. Es gibt halt viel Konfliktpotential. Ständig muss man die eigenen Bedürfnisse und

Wünsche an die Finanzlage und an die baulichen Gegebenheiten anpassen und mit den zukünftigen Mitbewohner*innen aushandeln – das alles unter großer körperlicher und psychischer Belastung (kaum freie Wochenenden für über ein Jahr). Es ist schön, dass es geschafft ist. Es ist schön, dass wir uns trotz der Strapazen noch riechen können. Es ist schön, gemeinsam im Hausprojekt zu wohnen. Aber zweimal im Leben wollen wir die Arbeit nicht!

Das Interview führte
Jan Schneider für
die aj-Redaktion

Die Gewalt hat System

Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft, in der Frauen systematisch unterdrückt werden. Diese Unterdrückung gilt als Norm, wird als natürlich angesehen. Sie birgt ein Bild, dass Frauen bestimmte Rollen zu erfüllen haben, sich auf bestimmte Art und Weise zu verhalten haben und dass sie weniger wert seien als Männer. Oft geht mit dem vermeintlichen „weniger wert sein“ einher, dass Männern weisgemacht werde, sie hätten ein Anrecht auf Frauen und ihre Körper. Es fängt mit sexistischen Konzepten wie der „Friendzone“ an und äußert sich weiterhin darin, dass Politiker entscheiden, ob Frauen ein Kind abtreiben dürfen oder nicht; dass Richter Betroffenen Schuld an Übergriffen zusprechen; und nicht zuletzt, dass Frauen täglich Opfer von psychischer und physischer Gewalt durch ihre Beziehungspartner werden.

25%, also jede vierte Frau in Deutschland hat schon einmal Gewalt durch ihren (ehemaligen) Partner erlebt, 2017 wurden weltweit über 50.000 Frauen von ihnen getötet. Leider werden diese Taten immer noch viel zu häufig als „Familiendrama“, „dramatische Beziehungstat“ oder „erweiterter Selbstmord“ bezeichnet. Begriffe wie diese verharmlosen, was sie tatsächlich sind: Männer, die Frauen töten, weil sie Frauen sind.¹ Hier zeigt sich wieder: Frauen werden als Objekte gesehen, die Männer besitzen können, entscheiden können, dass sie diese verletzen oder gar töten können. Das ist eine Äußerung von Macht.

„Das Private ist politisch“

Häusliche Gewalt und oft die darauffolgenden Morde an Frauen

werden durch Bezeichnungen wie „Familiendrama“ aus dem öffentlichen Fokus ins Private gerückt. Männer sind „Einzeltäter“, „eifersüchtig“ oder „psychisch krank“. Es wird sich der institutionellen Verantwortung entledigt, indem Feminizide nicht als solche bezeichnet werden, sondern als quasi entarteter Beziehungsstreit. Die Morde werden also von der Gesellschaft als solches akzeptiert und die Verantwortung bei beiden Partner*innen gesucht. Dies macht es noch schwerer für Frauen, sich Hilfe zu suchen. Die, die es tun, sind häufig auf sich allein gestellt. Es gibt zwar Beratungs- und Zufluchtsstellen, wie zum Beispiel Frauenhäuser, doch sind diese oft ausgelastet oder zu wenig bezuschusst, sodass sich vielen Frauen nicht die Möglichkeit bietet, aus gewalttätigen Beziehungen und Wohnen zu entkommen. An dem Punkt, an dem Frauen sich entscheiden, proaktiv die Beziehung zu verlassen, ist es oft spät, wenn es überhaupt geschieht. Das liegt allerdings nicht daran, wie viele sagen, dass Frauen „zu schwach“ oder gar dumm sein, sondern häusliche Gewalt ist mehr als nur physische. Täter haben

Strategien, Betroffene machtlos und abhängig von ihnen machen. Diese sind beispielsweise soziale Isolation, der Abbruch von Kontakten zu Familie und Freund*innen, sodass es niemanden mehr gibt, an die sich betroffene Frauen wenden können. Das ist auch finanzielle Abhängigkeit durch Arbeitsverbote, durch alleinige Kontrolle der Finanzen. Solange also der gesellschaftliche Blick sich nicht von der Einzeltat eines eifersüchtigen Mannes zu einer systematischen Unterdrückung gegenüber Frauen wandelt, sind wir leider noch fern davon, dass Frauen von Hand ihrer Beziehungspartner keine Gewalt mehr erfahren müssen.

Micki Borchers,
LV Schleswig-Holstein

Falls du oder jemand die du kennst einmal Hilfe brauchst:
Frauennotruf Hilfetelefon vom BAFzA: 08000 116 016
weitere lokale Beratungsstellen findest du online

Die Friendzone ist deshalb sexistisch, weil sie (meist) Frauen das Recht auf geschlechtsheteroagene Freundschaften abspricht und impliziert, dass Frauen für den Mann körperlich verfügbar sein müssen.

Gewalt, die von Menschen – meist Männern – gegenüber ihren Beziehungspartner*innen – meist Frauen – ausgeübt wird, nennt sich auch häusliche Gewalt.



Die Clara

„Clara“ ist die feministische und frauenpolitische Seite der aj. Clara Zetkin war eine streitbare Sozialistin und Kommunistin, die als eine der Ersten eine sozialistische Frauenemanzipationstheorie entwickelt hat. Sie war Redakteurin der „Gleichheit“, der Zeitschrift der Arbeiterinnenbewegung, und rief 1911 den 8. März als Frauentag ins Leben. Sie engagierte sich in der SPD, dann in der USPD und schließlich in der KPD, die sie auch im Reichstag vertrat. 1933 starb Clara Zetkin im russischen Exil.



Bild: F138-1513-822, AdSD / Friedrich-Ebert-Stiftung

Rezension: George Orwell „Mein Katalonien – Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg“

¹ Als Trotzkisten werden die Anhänger Leo Trozki bezeichnet, der ein Genosse Lenins und Gründer der Roten Armee war. Trotzki wurde von Stalin als Konkurrent angesehen und auch seine Anhänger bekämpft. Das Wort „trotzkistisch“ wurde zum Schlagwort gegen alle möglichen Auffassungen, die vom offiziellen Marxismus-Leninismus der Sowjetunion abwichen.

Man erwartet ja nichts Gutes, wenn ein „hochgeschätzter“ Autor über Kommunismus und Anarchismus schreibt. Aber in diesem Fall wäre nichts falscher. Orwell kam zwar lediglich nach Spanien, um einen Zeitungsartikel zu schreiben. Aber einmal dort, war er sich sicher, dass das einzig Richtige wäre, sich freiwillig für die Miliz zu melden und mitzukämpfen.

In Barcelona war die Revolution in vollem Gange und man spürt die Begeisterung, mit der Orwell beschreibt, wie der revolutionäre Elan, die Solidarität und Leichtigkeit der Revolution das soziale Leben in kürzester Zeit völlig umkehren. Überall in den Straßen wehen die roten und schwarz-roten Banner, die Gesten der Unterwürfigkeit sind verschwunden, es gibt keine Bettelnden mehr und man grüßt sich nicht mehr mit „Senör“, sondern mit „Kamerad“. Kurzum: „Menschliche Wesen versuchten, sich wie menschliche Wesen zu benehmen und nicht wie ein Rädchen in der kapitalistischen Maschine.“ Materiell mag der Bürgerkrieg Einschnitte mit sich

bringen, ideell aber ist die Revolution ein großes Fest. Selbst die alte Werbung wirkt nur noch grau. Orwell schließt sich der Miliz der P.O.U.M. (Partido Obrero de Unificación Marxista – Arbeiterpartei der marxistischen Einigung) an, einer Partei von antistalinistischen Sozialisten und Schwesterorganisation der deutschen SAP (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands); anfangs mehr aus Zufall denn aus politischer Parteinahme. Aber mit dem Verlauf des Krieges wird die scheinbare Selbstverständlichkeit, dass Sozialisten und Kommunisten für die Revolution sind, für die Kontrolle der Industrie durch die Arbeitenden, für die Gleichheit und Demokratie unter Genoss*innen und gegen Parlamentarismus und Kapitalismus, immer mehr zum Alleinstellungsmerkmal der P.O.U.M. und so ergreift Orwell immer heftiger für sie Partei.

Die Kämpfe innerhalb der Republik

Nachdem er an der Front im Schützengraben gelegen hatte, eigentlich auf Urlaub in Barcelona in innerlinke Straßenkämpfe verwickelt wurde, zurück an der Front von einem faschistischen Scharfschützen getroffen wird und einen lebensgefährlichen Halsdurchschuss erleidet, kommt er zurück aus verschiedenen Lazaretten wieder in Barcelona an. Er erfährt erst dort, dass die P.O.U.M. verboten worden ist, während ihre Milizen unwissend noch immer an der Front kämpfen.

Die prosowjetischen Kommunist*innen hatten durch die Abhängigkeit der Republik von den sowjetischen Waffenlieferungen und den kommunistischen Soldaten inzwischen die Macht weitgehend übernommen. Die P.O.U.M. wurde jetzt als „trotzkistische“¹ und faschistische Organisation, als 5. Kolonne Hitlers und Francos verleumdet und ihre Mitglieder, Anhänger*innen und einfach jede*r, der mit ihr in Kontakt stand, in Verliese gesteckt oder sogar erschossen.

Die Kommunisten erklärten sich ausdrücklich gegen die Revolution und bekämpften Anarchist*innen, „Trotzkisten“, Revolutionär*innen und die Gewerkschaften mit größerem Eifer als Franco. Aus

außenpolitischem Kalkül wollte die Sowjetunion die Wiedererrichtung des spanischen Kapitalismus: denn sie war mit Frankreich verbündet, das seinerseits Kapitalien und politische Interessen in Spanien hatte und durch einen sozialistischen oder anarchistischen Sieg dort und das mögliche Überschwappen der Revolution auf Frankreich geschwächt werden würde. Und mit der verdammenswertesten Autoritätshörigkeit folgten die Kommunisten auf der ganzen Welt dieser Linie. Offiziell war ihre Haltung natürlich nichts als kommunistische Einsicht: Spanien war eben „noch nicht reif für den Sozialismus“.

Der Sieg der konterrevolutionären „Kommunisten“

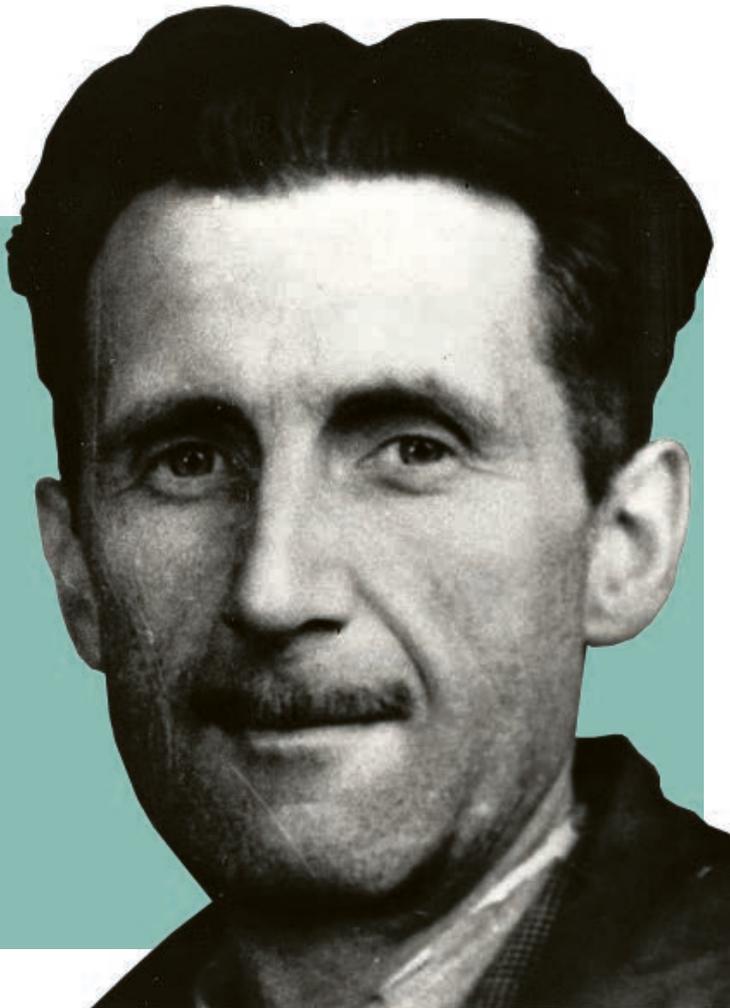
Von der Revolution war in Barcelona nichts mehr übrig. Alle alten Klassenunterschiede bestanden wieder und Stimmung aus Angst, Spitzeleien, Terror und Willkür erinnert an den Großen Terror in Moskau. Nach vergeblichen Versuchen, Genossen zu helfen, fliehen Orwell und seine Frau schließlich aus Spanien und können zurück in Sicherheit doch nichts als Wut auf den kapitalistischen Normalzustand empfinden: sie haben die Revolution gesehen, den Vorgeschmack auf das Leben im Sozialismus und das Ende der Entfremdung. Daneben kann alles andere nur grau und bedeutungslos sein.

Von Spanien lernen

Sicherlich können die Berichte früherer Kämpfe nicht mehr sein als Schlaglichter auf die Revolution, verstreute Orientierungspunkte in der völligen historischen Ungewissheit. Aber einige Beobachtungen kann man doch mitnehmen, in der Hoffnung, nicht alle Fehler zu wiederholen, die Genoss*innen schon einmal gemacht haben und auch zur Schärfung der eigenen Kritik.

1. Der Bürgerkrieg ist nur zu einem Bruchteil ein Kampf. Vielmehr sind es Organisation, Zusammenhalt, der Umgang mit Widrigkeiten und Durchhaltevermögen.

2. Wahrheit und Argumentation nützen im Zweifel gar nichts. Denn die materielle Gewalt lässt



Portrait von George Orwell 1943

Branch of the National Union of Journalists (BNUI)

den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“ in erster Linie „zwanglos“ aussehen und vor lauter Kriegsgeschrei gibt es ohnehin keine anerkannten Fakten mehr. Und auch, wenn Papier und Zeit da wären, um Argumente zu entfalten, so würde doch vor allem zählen, den Krieg zu gewinnen: „Jedes russische Flugzeug, das über unsere Köpfe flog, war [...] kommunistische Propaganda.“

3. Wo „Kommunismus“ draufsteht, ist noch lange nicht Kommunismus drin und wo „Anarchismus“ draufsteht, dafür vielleicht umso mehr. Der*die Revolutionär*in kommt ums Selberdenken nicht herum.

4. Was richtig ist und was falsch, ist leicht zu erkennen. Man braucht dafür nicht Das Kapital gelesen zu haben.

5. Mit der Revolution muss sich sofort auch die Produktionsweise ändern und der Staat seine Macht-mittel nachhaltig verlieren. Sonst wird die neue Ordnung früher oder später wieder beseitigt werden. Es reicht nicht, dass „die geistige Sphäre des Sozialismus vorherrscht“ [Hervorhebung d. A.].

6. Die in heutigen Zeiten wieder aktuelle Frage danach, ob die Demokratie gegen den Faschismus verteidigt werden muss, oder ob Faschismus und Demokratie nicht doch eher nur zwei Varianten des Kapitalismus sind, die sich im Prozess der Selbstverwertung des Werts und seiner Krisen notwendigerweise abwechseln, stellte sich schon damals und jede*r sollte für sich eine Antwort suchen. Das Buch ist jedenfalls sehr zu

empfehlen, es ist fesselnd, leidenschaftlich und klug. Das besonders lesenswerte 5. Kapitel zur Auseinandersetzung mit den sowjettreuen Kommunisten findet ihr hier:



Jan Schneider,
KV Weimar

Rezension: Die Deislers „Da ist kein Licht“

In Zeiten von Streamingdiensten sind handfeste Tonträger gerade von kleinen Bands ja eher die Ausnahme geworden. Auch wenn Vinyl wieder im Aufwind ist, werden die Presswerke häufig von fragwürdigen Neuauflagen alter Klassiker belegt, die man auch für einen Fünfer auf dem Flohmarkt bekommt. Das neue Album der Deislers, „Da ist kein Licht“ ist da eine erfrischende Ausnahme. Die einseitig bespielte 12“-Platte kommt in einem stabilen Pappschuber daher, der ziemlich schick schwarz auf schwarz bedruckt ist. Ein Textblatt gibt es auch noch dazu.

Die Vier vom Niederrhein, die vor allem für exzessives Touren und abgefahrene Ideen wie „16 Tage / 16 Bundesländer“ bekannt sind, legen etwas vor, das von der Länge irgendwo zwischen langer EP und kurzem Album liegt. Die sieben Songs rauschen in insgesamt weniger als 20 Minuten über die Ziellinie. Da bleibt nicht viel Zeit für lange Intros, sondern es geht sehr direkt in die Vollen. Die Produktion ist sehr authentisch und unpoliert, trotzdem nie matschig, die Instrumente sind immer gut unterscheidbar.

Wer auf Gute-Laune-Punk steht, ist hier eher an der falschen Adresse. Die Deislers prügeln klassischen Deutschpunk auf ihre Platte, der Gesang ist rau und derb. Freund*innen von (alten) Dritte Wahl, (schnellerer) Daily Terror oder auch der Skeptiker kommen hier auf jeden Fall auf

ihre Kosten. Wie der Titel des Albums schon andeutet, bleibt es auch textlich eher düster. Die Texte drehen sich um Kämpfe mit sich („Hinter meiner Stirn“ oder „Alles ist Dunkel“) und der Gesellschaft, in der wir leben (müssen) („Mars-symbol? Fuck Off!“ oder „Nine to five“). Viel Optimismus oder Trost gibt es dabei nicht, der versöhnlichste Moment bleibt am Ende des letzten Songs das Versprechen, die Scheiße wenigstens zusammen auszulöffeln.

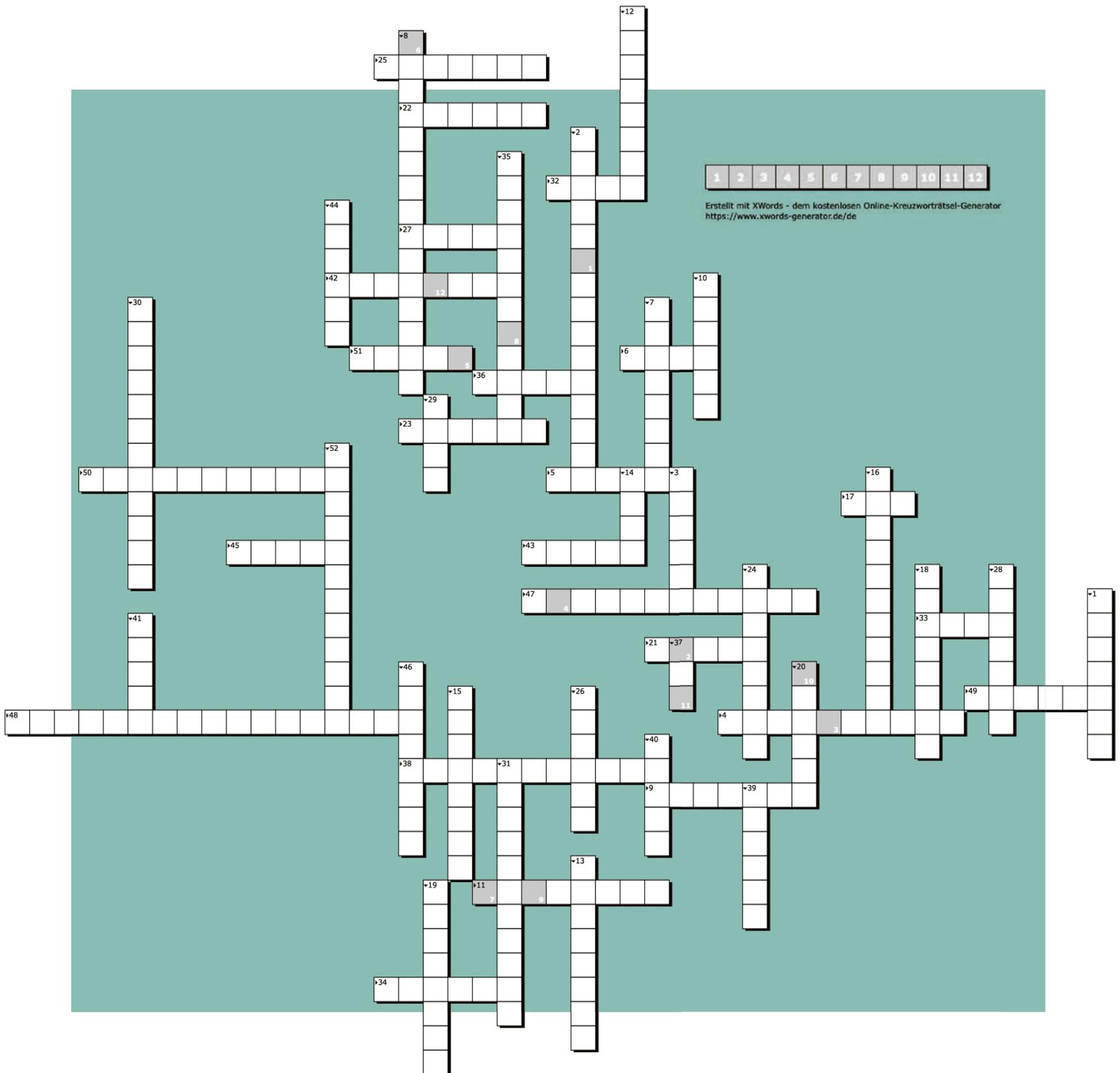
Das Album „Da ist kein Licht“ könnt ihr euch genau wie alle anderen Songs der Deislers auf ihrer Bandcamp-Seite anhören. Auf ihrer Facebookseite findet ihr die nächsten Daten ihrer Konzerte und auch die Adresse, wenn ihr sie auf eurer nächsten Falkenveranstaltung spielen sehen wollt.

Steffen Göths
LV Brandenburg



Söhne ihrer Klasse

Bild: Alex Lorenz



1. Englisch für Genosse/Genossin
2. Aktuelle Strömung der Frauen*bewegung, die sich für die Anerkennung verschiedener Geschlechter und Sexualitäten einsetzt
3. Solche aus der Arbeiterbewegung werden traditionell im Zeltlager am Lagerfeuer gesungen
4. Darauf basiert das kapitalistische Wirtschaftssystem
5. 1948 im Nahen Osten gegründeter demokratischer Staat
6. Kreditinstitut
7. Zustand der Herrschaftsfreiheit
8. Abwertung von Menschen aufgrund bestimmter äußerlicher Merkmale oder Zuschreibungen
9. Die Wirtschaftswissenschaft geht davon aus, dass der Preis eines Produktes durch ... und Nachfrage bestimmt wird.
10. Sozialistischer Jugendverband in Deutschland
11. Geldbetrag, den man jemandem zurückzahlen muss
12. Gruß unter Kommunistinnen und Kommunisten
13. Kleidungsstück einiger Arbeiter*innen-Jugendorganisationen
14. Häufiger „Tag“ mit kritischem Bezug zur Polizei
15. Paul Lafargue machte sie zum Thema eines Buches, mit dem er die 1848 erschienene Schrift „Recht auf Arbeit“ widerlegen wollte
16. Sozialdemokratischer Versuch, die Härten des Kapitalismus für den*die einzelne*n Arbeiter*in abzumildern
17. Traditionelle Farbe der Arbeiterbewegung
18. Name der Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften oder Beitrag zu einer Debatte
19. Leben im Kapitalismus
20. Davon leben die meisten Menschen im Kapitalismus
21. Rezession
22. Gotteshaus
23. Macht ..., was euch ... macht!
24. Etwas, das jemandem gehört
25. Kosenamen der Chemnitzer*innen für den Karl Marx Kopf in ihrer Stadt
26. Überschuss, der beim Verkauf von Waren für den Kapitalisten besteht
27. Blume der Arbeiterbewegung
28. Gegenteil von Chaos
29. Kritiker des Kapitalismus, 1818 in Trier geboren
30. Protagonist eines politischen Liedes von Erich Mühsam aus dem Jahr 1907
31. wiedervereinigt im Jahr 1990
32. Wird im Verkauf einer Ware realisiert
33. Tauschmittel im Kapitalismus
34. Frauenrechtlerin und Reichstagsabgeordnete der KPD von 1920–1933
35. Gesamtheit der Menschen, die zusammen unter bestimmten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen leben
36. Kosenamen unter Linken für den Hambacher Forst
37. Organisation, die 1977 Ex-Nazi und Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer ermordete
38. gegenseitige Hilfe, Anteilnahme, gemeinsamer Kampf für ein Ziel
39. Deutscher Dramatiker, der häufig Texte von Hanns Eisler vertonen ließ (geboren 1898)
40. Ideeller Gesamtkapitalist
41. Schwarzer ...
42. Gewerkschaft für die metallverarbeitende Industrie
43. Antrieb des Menschen und Grundlage aller Kulturleistungen nach Freud
44. Kommunistische Utopie als Gesellschaft der ... und Gleichen
45. als „Vaterland der Werktätigen“ bezeichneter sozialistischer Staat
46. Unter dem ... ja da liegt der Strand
47. gewaltsame Auseinandersetzung unter Bürger*innen eines Staates
48. Wird notwendig zur Produktion von Waren benötigt
49. Abkürzung für „Antifaschismus“
50. Französisch für „Bürgertum“
51. Russischer Revolutionsführer (gestorben 1924)
52. Vereinigung, die Arbeitnehmer*innen-Rechte vertritt